

## Protokoll 9. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 2. Juli 2014, 20.30 Uhr bis 22.35 Uhr, im Rathaus

---

Vorsitz: Präsidentin Dorothea Frei (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Anwesend: 120 Mitglieder

Abwesend: Dr. Mario Babini (SVP), Roberto Bertozzi (SVP), Nina Fehr Düsel (SVP), Kurt Hüsey (SVP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP)

---

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
8. [2014/63](#) Weisung vom 12.03.2014: FV  
Finanzverwaltung, Rechnung 2013 (Verwaltungsrechnung mit Anhang), Genehmigung
9. [2014/29](#) Weisung vom 29.01.2014: VHB  
Amt für Städtebau, Teilrevision der Bau- und Zonenordnung, Ergänzungen der Bauordnung Art. 6 und 40
10. [2013/369](#) A Motion von Dr. Marcel Schönbächler (CVP) und Peter Küng FV  
(SP) vom 30.10.2013:  
Areal an der Ecke Baumgartner-, Zweier- und Freyastrasse, Vorlage für eine kommunale Wohnüberbauung oder eine Überbauung durch eine gemeinnützige Wohnbaugenossenschaft
11. [2013/405](#) E/A Motion von Gabriela Rothenfluh (SP) und Dr. Esther Straub (SP) FV  
vom 20.11.2013:  
Areal an der Ecke Hofwiesen-/Wehntalerstrasse, Erstellung einer kommunalen Wohnsiedlung oder einer Überbauung durch eine gemeinnützige Wohnbaugenossenschaft
12. [2013/429](#) A Postulat von Karin Weyermann (CVP) und Dr. Marcel Schönbächler (CVP) vom 04.12.2013: FV  
Verkauf der SBB-Gemeinde-Tageskarten an den Schaltern der Stadtkasse
13. [2013/440](#) E/A Postulat von Walter Angst (AL) vom 11.12.2013: FV  
Verhaltenskodex für Vertragspartnerinnen und Vertragspartner der Stadt, standardmässige Überprüfung der Einhaltung von Gesetzen und Normen

14. [2014/69](#) E/A Postulat von Duri Beer (SP), Peider Filli (Grüne), vertreten durch Katharina Prelicz-Huber (Grüne) und 26 Mitunterzeichnenden vom 12.03.2014:  
Revision des Art. 16 der Ausführungsbestimmungen zum städtischen Personalrecht (AB PR) betreffend der städtischen Personalvermittlung als Folge von Reorganisationen und aus gesundheitlichen Gründen FV
15. [2014/156](#) A Postulat von Christian Huser (FDP) und Severin Pflüger (FDP) vom 14.05.2014:  
Fläche nordwestlich des Schulhauses Käferholz, Nutzung für ein Oberstufenschulhaus FV
17. [2014/189](#) E/A Postulat von Bernhard Piller (Grüne) und Matthias Probst (Grüne) vom 11.06.2014:  
Verbot oder Einschränkung von Flugreisen der städtischen Angestellten und Behördenmitgliedern auf kurzen und mittleren Distanzen FV

\* Keine materielle Behandlung

## Mitteilungen

Die Mitteilungen der Ratspräsidentin werden zur Kenntnis genommen.

## Geschäfte

217. **2014/63**  
**Weisung vom 12.03.2014:**  
**Finanzverwaltung, Rechnung 2013 (Verwaltungsrechnung mit Anhang),**  
**Genehmigung**

Die Beratung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 8 vom 02.07.2014, Beschluss-Nr. 217/2014).

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 4.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)

Minderheit: Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP)

Abwesend: Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 18 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 5

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 5.

Zustimmung: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)  
 Abwesend: Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 116 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

1. Die Verwaltungsrechnung 2013 der Stadt Zürich wird genehmigt.
2. Die Rechnung 2013 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) mit einem Gewinn von Fr. 225 826.43 wird – gestützt auf Art. 6 Ziff. 3 und 4 der Verordnung über die Asyl-Organisation Zürich vom 2. März 2005 – genehmigt.
3. Die Rechnung 2013 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird genehmigt.
4. Die Rechnung 2013 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird genehmigt.
5. Die Rechnung 2013 der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Bezirksrat und den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 9. Juli 2014 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

## 231. 2014/29

### **Weisung vom 29.01.2014:**

### **Amt für Städtebau, Teilrevision der Bau- und Zonenordnung, Ergänzungen der Bauordnung Art. 6 und 40**

Antrag des Stadtrats

1. Die Bauordnung (AS 700.100) wird mit den Vorschriften ergänzt:
  - Art. 6 Wohnanteil
    - <sup>4bis</sup> Zugunsten von Kinderbetreuungseinrichtungen (Krippen, Horte und dergleichen) sowie für Kindergärten darf unabhängig von der geltenden Wohnanteilsspflicht der Wohnanteil unbeschränkt herabgesetzt werden.
  - Art. 40 Wohnanteil
    - <sup>4bis</sup> Zugunsten von Kinderbetreuungseinrichtungen (Krippen, Horte und dergleichen) sowie für Kindergärten darf unabhängig von der geltenden Wohnanteilsspflicht der Wohnanteil unbeschränkt herabgesetzt werden.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen an den Festsetzungen in eigener Zuständigkeit vorzunehmen, sofern sie sich als Folge von Rechtsmittelverfahren oder im

Genehmigungsverfahren als notwendig erweisen. Solche Beschlüsse sind im Städtischen Amtsblatt und im Amtsblatt des Kantons Zürich sowie in der Amtlichen Sammlung zu veröffentlichen.

3. Der Stadtrat setzt die Änderungen gemäss Ziff. 1 nach Genehmigung durch die kantonalen Instanzen in Kraft.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Michael Baumer (FDP)

Die Detailberatung ist abgeschlossen.

Die Vorlage wird stillschweigend an die Redaktionskommission (RedK) überwiesen.

Damit ist beschlossen:

Die neuen Artikel der Bauordnung sind durch die RedK zu überprüfen (Art. 38 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 64 Abs. 1 GeschO GR). Die Schlussabstimmung findet nach der Redaktionslesung statt.

Art. 6 Wohnanteil

<sup>4bis</sup> Zugunsten von Kinderbetreuungseinrichtungen (Krippen, Horte und dergleichen) sowie für Kindergärten darf unabhängig von der geltenden Wohnanteilspflicht der Wohnanteil unbeschränkt herabgesetzt werden.

Art. 40 Wohnanteil

<sup>4bis</sup> Zugunsten von Kinderbetreuungseinrichtungen (Krippen, Horte und dergleichen) sowie für Kindergärten darf unabhängig von der geltenden Wohnanteilspflicht der Wohnanteil unbeschränkt herabgesetzt werden.

Mitteilung an den Stadtrat

## 232. 2013/369

**Motion von Dr. Marcel Schönbächler (CVP) und Peter Küng (SP) vom 30.10.2013: Areal an der Ecke Baumgartner-, Zweier- und Freyastrasse, Vorlage für eine kommunale Wohnüberbauung oder eine Überbauung durch eine gemeinnützige Wohnbaugenossenschaft**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab.

Peter Küng (SP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 4409/2013).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Karin Rykart Sutter (Grüne) beantragt Umwandlung in ein Postulat.

Peter Küng (SP) ist einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Urs Fehr (SVP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2014/230 (statt Motion GR Nr. 2013/369, Umwandlung) wird mit 56 gegen 58 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

**233. 2013/405**

**Motion von Gabriela Rothenfluh (SP) und Dr. Esther Straub (SP) vom 20.11.2013:  
Areal an der Ecke Hofwiesen-/Wehntalerstrasse, Erstellung einer kommunalen  
Wohnsiedlung oder einer Überbauung durch eine gemeinnützige Wohnbaugenos-  
senschaft**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Gabriela Rothenfluh (SP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 4489/2013).

Urs Fehr (SVP) begründet den von Roland Scheck (SVP) namens der SVP-Fraktion am 8. Januar 2014 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Die Motion wird mit 71 gegen 34 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**234. 2013/429**

**Postulat von Karin Weyermann (CVP) und Dr. Marcel Schönbächler (CVP) vom  
04.12.2013:  
Verkauf der SBB-Gemeinde-Tageskarten an den Schaltern der Stadtkasse**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Karin Weyermann (CVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4554/2013).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Martin Luchsinger (GLP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die SBB-Gemeinde-Tageskarten ~~neu an den Schaltern der Stadtkasse im Stadthaus zu den üblichen Öffnungszeiten~~ über Private, die das volle Kostenrisiko für deren Bestellung und Vertrieb übernehmen, an die Stadtzürcher Bevölkerung verkauft werden können, ~~ohne dafür die personellen Ressourcen erhöhen zu müssen.~~

Karin Weyermann (CVP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Der Vorsteher des Finanzdepartements ist namens des Stadtrats bereit, das geänderte Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird kein Ablehnungsantrag gestellt.

Das geänderte Postulat wird stillschweigend dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**235. 2013/440**

**Postulat von Walter Angst (AL) vom 11.12.2013:  
Verhaltenskodex für Vertragspartnerinnen und Vertragspartner der Stadt,  
standardmässige Überprüfung der Einhaltung von Gesetzen und Normen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Walter Angst (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4573/2013).

Urs Fehr (SVP) begründet den von Roland Scheck (SVP) namens der SVP-Fraktion am 8. Januar 2014 gestellten Ablehnungsantrag.

Jean-Claude Virchaux (CVP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die im Verhaltenskodex für VertragspartnerInnen der Stadt Zürich zwingend verlangte Einhaltung von Gesetzen und Normen standardmässig überprüft werden kann. Geklärt werden soll insbesondere, in welcher Form schon vor der Vergabe geklärt werden kann, ob die an der Submission teilnehmenden Firmen die geltenden Arbeits- und Lohnbedingungen einhalten. Zudem soll geklärt werden, wie die VertragspartnerInnen im Verhaltenskodex verpflichtet werden können, Lohnbuchkontrollen und deren Ergebnisse der Stadt unaufgefordert zu melden.

Walter Angst (AL) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 87 gegen 30 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**236. 2014/69**

**Postulat von Duri Beer (SP), Peider Filli (Grüne), vertreten durch Katharina Prelicz-Huber (Grüne) und 26 Mitunterzeichnenden vom 12.03.2014:  
Revision des Art. 16 der Ausführungsbestimmungen zum städtischen Personalrecht (AB PR) betreffend der städtischen Personalvermittlung als Folge von Reorganisationen und aus gesundheitlichen Gründen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4795/2014).

Urs Fehr (SVP) begründet den von Roland Scheck (SVP) namens der SVP-Fraktion am 26. März 2014 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 74 gegen 43 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**237. 2014/156****Postulat von Christian Huser (FDP) und Severin Pflüger (FDP) vom 14.05.2014:  
Fläche nordwestlich des Schulhauses Käferholz, Nutzung für ein Oberstufen-  
schulhaus**

Ausstand: Andreas Edelmann (SP)

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Severin Pflüger (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 62/2014) und zieht es zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

**238. 2014/189****Postulat von Bernhard Piller (Grüne) und Matthias Probst (Grüne) vom 11.06.2014:  
Verbot oder Einschränkung von Flugreisen der städtischen Angestellten und  
Behördenmitgliedern auf kurzen und mittleren Distanzen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Bernhard Piller (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 140/2014).

Alexander Jäger (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 25. Juni 2014 gestellten Ablehnungsantrag.

Alan David Sangines (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie Flugreisen von städtischen Angestellten und Behördenmitgliedern in Erfüllung einer städtischen Aufgabe über eine Distanz von bis zu ~~500 km komplett verboten und entsprechende Flugreisen über eine Distanz zwischen 500 km und 1'000 km maximal eingeschränkt werden können.~~

Niklaus Scherr (AL) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie Flugreisen von städtischen Angestellten und Behördenmitgliedern in Erfüllung einer städtischen Aufgabe über eine Distanz von bis zu 500 km komplett verboten und entsprechende Flugreisen über eine Distanz zwischen 500 km und 1'000 km maximal eingeschränkt werden können. Diese Regelung soll auch für Kommissionsreisen des Gemeinderats gelten.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Matthias Probst (Grüne) ist mit beiden Textänderungen einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 70 gegen 44 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

## **E i n g ä n g e**

Es sind keine Vorstösse eingereicht worden.

## **K e n n t n i s n a h m e n**

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 9. Juli 2014, 17 Uhr.